nnabend, 30. Juli 1921 * 50. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 30 Pf.

Berliner Tageblatt

355 * Ausgabe B Nr. 176
gabe für Berlin u. Umgegend Nr. 355

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Hungersnot in Sowjetrußland.

Berichte aus dem Hungergebiet.

Arbeitsunlust in Petersburg. — Gras und Feldnagetiere Nahrung. — Das Elend der deutschen Wolgakolonisten. — Die Opfer der Choleraepidemie.

Von unserem Korrespondenten

✻ **Reval,** im Juli.

Aus einer Anzahl von Nachrichten, die wir mein Petersburger ährsmann in diesen Tagen übermittelte, seien folgende Bei- e über die Not, in denen sich die vom Hunger heimgesuchten jetrussischen Gebiete befinden, wiedergegeben. Zu- st schildert mein Gewährsmann die augenblickliche mmung in der einstmaligen russischen Haupt- t Petersburg wie folgt:

„. . . Mehr als die Sorgen ums tägliche Brot drückt auf den t und das Gemüt die fürchterliche Atmosphäre, die n umgibt und die auf einem lastet. Die Intelligenz ist ver- unden, es herrscht die dumpfe, stumpfe Masse mit allen ihren enerscheinungen. Die Arbeiter sind ohne jegliche Disziplin; **rbeitet wird so gut wie nichts.** Die Stimmung der aus- ungerten Leute ist entsprechend; die Anlagen geraten g in Verfall; kein Eisen, kein Nagel, kein Instrument zu be- men, um etwas auszubessern. Ein Pfund Brot täglich, ¼ Pfund er im Monat, hier und da ein Pfund getrockneten Fisch monat- (keine Kartoffeln, kein Gemüse), etwas Tabak, Salz, ein paar chteln Zündhölzer, das ist alles, was man bekommt.

Zu spekulativen Preisen ist vieles noch zu haben, z. B. Pfund Butter 22 000, ein Pfund Zucker 23 000, ein Pfund Weiß- l 7000, ein Pfund Fleisch 8000 Rubel, eine Schachtel Zündhölzer Rubel, ein Paar Schuhe 300 000 Rubel, ein Paar Strümpfe 00 bis 30 000 Rubel, eine Haarnadel 300 Rubel, ein Kaninchen 00 Rubel, ein Huhn 25 000 Rubel, ein Ei 2000 Rubel, eine sche Milch 2800 Rubel, ein gewöhnliches Wasser-(Trink)-Glas bis 700 Rubel, ein Pfund Zwiebel 2700 Rubel, ein Pfund Brot Rubel, ein Bleistift 2000 Rubel, ein Arschin Stoff (Kleiderstoff) 00 bis 100 000 Rubel, eine Zigarette 80 Rubel, ein Pfund Kaffee 00 Rubel, ein Pfund Tee 85 000 Rubel, eine Schaufel 10 000 el, Transport von ein Pfund Ware (Entfernung fünf Werst) t 500 Rubel, ein Pfund Kartoffeln 1200 Rubel, eine Rolle Zwirn 0 Rubel, ein leinenes Taschentuch 15 000 Rubel, ein Paar Schuhe ohlen 50 000 bis 60 000 Rubel, ein Paar Schuhschnüre 4000 bis 0 Rubel, eine elektrische Lampe (25 Kerzenstärke) 6000 Rubel

Dementsprechend sieht auch der äußere Mensch aus: abgerissen, e Schuhwerk, geflickt an allen Ecken und Enden, da feine Wolle bekommen ist, werden die Strümpfe mit Stoffresten licht.

Selbstverständlich kann von einem Aufschwung der In- strie keine Rede sein. Der Arbeiter will und wird nicht beiten, weil es kein Gesetz gibt, das ihn zur Arbeit zwingen n. Zur Arbeit erscheinen im Durchschnitt fünfzig bis hzig Prozent. Der andere Teil ist entweder tatsächlich krank schützt Krankheit vor oder faulenzt. Der rollende Be- und an Lokomotiven und Wagen verringert sich zusehends. die paar Züge, die laufen, sind aus Mangel an Heizungsmaterial mit Mühe aufrecht zu erhalten. Holzhäuser gibt es fast mehr, alles ist zu Heizmaterial verbraucht. **75 Prozent der briken stehen still aus Mangel an Heizmaterial,** Roh- ffen und Arbeitern, die ins Dorf fliehen. Die tätigen briken arbeiten mit 15 bis 25 Prozent der normalen beiterzahl. Die Regierung gibt diese Zustände offen zu, die tungen schreiben nur von den zunehmenden Verfall; ttung wird ausschließlich vom Auslande erhofft in m von Warenaustausch. Vorläufig wird noch alles gegen Gold uft; der Warenaustausch kann sich nur in minimalen Grenzen egen, weil erstens keine Vorräte da sind, neue nicht geschafft den, und wenn welche da wären, die Transportmittel nicht aus- chten, die Waren aus dem Innern zu befördern.

Im allernächster Zeit ist **Denationalisierung der Unter- hmungen** zu erwarten, die einen Arbeiterbestand von 70 und weniger aufweisen. Da der Wortlaut des Dekrets noch nicht bekannt ist, so muß abgewartet werden, was davon zu erwarten ist. Aus den Konzessionen ist bekanntlich nichts geworden; vielleicht ist etwas von der Denationalisierung zu erwarten. Vielleicht . . ."

Während man also in Petersburg für teuerstes Geld noch im Schleichhandel mancherlei erhält, sind die **Zustände im ausgesprochenen Hungergebiet katastrophal.** Das Hungergebiet umfaßt die Gouvernements Samara, Saratow, das Gebiet der deutschen Wolgakolonien, Zarizyn, den östlichen Teil des Dongebietes, Astrachan und den nordöstlichen Teil des Kuban- und Terekgebietes. Gegen Norden erstreckt sich die Mißernte über das Gouvernement Simbirsk und einen Teil des Gouvernements Pensa und über die Gebiete Kasan, Ufa, Wjatka und Perm. Es handelt sich also um einen ungeheuren großen Landstrich, der im Süden im nördlichen Kaukasus beginnt und im Norden weit über die Höhen von Moskau ins Gouvernement Wjatka und Perm hineingreift. Das russische Blatt „Bednota" bringt zu dieser territorialen Beschreibung des Hungergebietes noch Einzelheiten über den diesjährigen Ernteertrag. Einem Bericht dieses Bauernorgans zufolge wird der Ernteertrag im Gouvernement Samara nicht über 7 bis 8, im Gouvernement Saratow nicht über 10, im Gouvernement Simbirsk 10 bis 30 Pud pro Dessjatin ergeben. Die 7 Millionen Menschen, die die beiden Gouvernements Saratow und Samara bewohnen, benötigen jedoch nach einer statistischen Errechnung mindestens 154 Millionen Pud Getreide zur Ernährung und Aussaat. Die diesjährige Ernte dürfte jedoch nur im Höchstfalle in beiden Gouvernements 30 Millionen Pud erbringen, so daß demnach allein hier **nicht weniger als 124 Millionen Pud Getreide fehlen.** Die Lage, in der sich die Bevölkerung dieser Gegenden befindet, ergibt sich aus einem Brief, den ein Bauer aus dem Kreise Wolsk im Gouvernement Saratow nach Petersburg schrieb: „. . . Schon im letzten Jahre hat die Ernte bloß 10 bis 15 Pud pro Dessjatin ergeben. Das uns zur Aussaat überwiesene Korn haben wir zur Hälfte aufgegessen. Sommerkorn ist fast gar nicht mehr gesät worden. Roggen und Winterkorn ist zugrunde gegangen. Das Volk nährt sich von Eicheln, Gras und allerlei Schmutz! Es geht wie tot umher. Die Brachfelder werden nicht gepflügt. Wenn uns keine Hilfe kommt, **stirbt unser ganzes Dorf von 2500 Seelen."** Ein Brief aus dem Dorfe Taschelfi im Gouvernement Samara enthält folgende Stelle: „Im Kreis Stawropol hungert die Bevölkerung verzweifelt. **Man ißt Gras und Feldnagetiere.** Das Wintergetreide ist von der Dürre vernichtet, das Sommerkorn wird von den Insekten zugrunde gerichtet. Die Bauern bearbeiten die Felder nicht. Im Saransken Kreise haben die meisten Bauern kein Brot mehr. Wer eine Kuh hat, nährt sich von Gras und Milch, wer keine hat, allein von Gras. Am meisten wird Pferdesauerampfer gegessen. Wochenlang lebt man nur davon. **Die Menschen sind so schwach, daß sie nach zwanzig Schritten umfallen.** Im Kreise Saransk sind die Leute bloß noch Schatten. Sie essen alles, was sie herunter bekommen. Gelingt es ihnen, eine Handvoll Mehl zu erhalten, so fügen sie Baumrinde, Sägespäne, Moos, Spreu, Unkraut, Eicheln und dergleichen mehr hinzu und essen dies."

Nicht weniger trostlos lauten die Nachrichten aus dem von **deutschen Kolonisten besiedelten Wolgagebiet.** Auch dort ist eine vollständige Mißernte zu verzeichnen. Die deutschen Kolonisten haben Haus und Hof verlassen, rund um Saratow ein Lager gebildet und leben dort, wie es in einem Briefe eines deutschen Siedlers wörtlich heißt, „vom Bettel oder richtiger gesagt: sterben". **Dazu wütet in gräßlichster Weise die Cholera. Die Sterblichkeit erreicht 90 Prozent.**

Die Aussichten auf eine Versorgung mit Lebensmitteln sind aussichtslos. Das Kartensystem wird nur in Petersburg, Moskau, Kronstadt und Iwanowo-Wosnessensk beibehalten, alle anderen Städte und Ortschaften können sich ernähren, wo sie wollen und können. Aber auch in Petersburg sollen künftighin nur noch die Beamten und Kinder Brot bekommen, und zwar durch Kooperative der professionellen Verbände. Doch ist bis jetzt noch nichts organisiert, trotzdem die Karten schon ab 1. August abgeschafft werden sollen. Der Gelehrtenpajok besteht noch, wenn auch er schon sehr reduziert worden ist . . .

Die Politik des Disz-tér.

Fragen der ungarischen Außenpolitik. — Zusammenbruch der „westlichen Orientierung". — Marienbad.

Von unserem nach Ungarn entsandten Sonderkorrespondenten

Theodor Berkes.

⊕ **Budapest,** 2. Juli.

Die vor einigen Wochen fast gleichzeitig in England, Japan und Frankreich vollzogene Ratifizierung des Friedensvertrages von Trianon macht das seitherige territoriale und politische Provisorium des nahen Südostens für absehbare Zeit zu einem Definitivum, und soweit dieses Definitivum noch nicht vorher im Wege der Gewalt oder der Pariser Bestimmung hergestellt worden war, wird es nunmehr herzustellen sein. Damit wird namentlich die Frage Westungarns und die des Kohlenbeckens Fünfkirchen aktuell, und es wird sich zu erweisen haben, ob die im Vertrag ausgesprochene Angliederung Westungarns an Deutsch-Oesterreich und die Rückgabe des Gebiets von Fünfkirchen durch Südslawien an Ungarn sich reibungslos vollziehen wird und ob weiter die in der Millerandschen Mantelnote zum Vertrag von Trianon zugesagten Grenzkorrekturen irgendwelche Besserungen in dem seither noch kläglich getrübten Verhältnis Ungarns zu seinen Nachbarstaaten herbeizuführen imstande sein werden.

Eins aber jedenfalls hat die Ratifizierung des Trianoner Vertrages durch die Ententegroßmächte heute schon bewirkt: Das ungarische Volk und die ungarischen Politiker sind im Angesicht der vollzogenen Ratifizierung heftig ernüchtert worden, und es gibt heute kaum noch einen ernsten Politiker in diesem Lande, der über das Verhältnis der Großmächte zu Ungarn sich noch irgendwelchen Täuschungen hingebe. Mit der in Paris und London vollzogenen Gutheißung der harten territorialen Bestimmungen von Trianon ist eine Periode ungarischer außenpolitischer Neuorientierungsversuche abgeschlossen, die, genährt durch eine farbige Phantasiebegabung dieses sensitiven Volkes und gestützt — Fall Karolyi — durch manche Servilitäten, vom Westen das Heil erwartet hatte. Paris hat mit magyarischen Hoffnungen und Erwartungen nun endgültig aufgeräumt, und es ist den ernüchterten Ungarn heute so, als wäre all das hoffnungsberechtigte offizielle und inoffizielle französische Treiben in Budapest, als wäre selbst Gödöllö Spuk gewesen, und als hätten nie englische Lords den Vornehmsten der ungarischen Aristokratie schmeichelhafte und auch bedeutungsvolle Worte zugeflüstert. Mancher schöne ungarische Traum ist verflogen, der aus Budapest schon ein französisch tendiertes mächtiges habsburgisches Wien machte, oder aus Ungarn, diesem „Kapitel der großen und ewig wiederkehrenden Orientfrage", den englischen Mittelpunkt der großen kontinentalen Linie, die von Rußland über Warschau, Budapest, Konstantinopel nach dem englischen Herzen Asiens und nach dem englischen Indien führt. Man weiß jetzt in Ungarn, daß der ratifizierte Trianon-Vertrag das durchgeführte Programm der Ententegroßmächte im nahen Südosteuropa darstellt, und daß ungarnfreundliche Worte nur gut inszenierte Heilpflaster auf herb getroffene Wunden sind. Ernüchternd allein ist schon die Tatsache, daß „trotz aller Anstrengungen" es seither keinem ungarischen Finanzminister gelang, in Paris und London eine Anleihe zu erhalten, und schwer für Ungarn die Feststellung durch Paris und London, daß die Millerandsche Mantelnote keineswegs die Auslegung auf „umfangreiche Grenzberichtigungen", sondern nur „lokale Ausbesserungen" gestatte. Die ungarische Presse summiert sich deshalb denn auch: „Nun ist endlich die Zeit gekommen, um mit dem Optimismus aufzuräumen, den manche Politiker auf gewisse politische Kreise in England und Frankreich setzten. Ungarn steht unerbittlichen Tatsachen gegenüber. Es wird Zeit für eine vernünftige Außenpolitik. Keine westliche Orientierung, aber eine Verbindung mit den Nachbarstaaten." Und die ungarische Oeffentlichkeit spricht gleichzeitig, sich vielsagend an Frankreich wendend, in bezug auf die ungarischen nationalen Ziele aus: „Aber die gleiche Sehnsucht, die 47 Jahre hindurch alle französischen Herzen durchglühte, durchglüht auch uns, und was Frankreich von der göttlichen Gerechtigkeit erwartete, das erwarten auch wir. Das französische Volk ist unser Vorbild!" Als feinerzeit Ungarn in Trauer sich legte um Trianon, trug die schwarzgekleidete Menge Schilder vor die Budapester Ententemissionen, und diese Schilder riefen: „Voulez-vous quatre Alsaces?" Noch heute lebt in jedem Ungarn ungestillt die Erinnerung an „vier Elsaß-Lothringen" . . .

Am Disz-tér droben bei der stillen, prunkvollen Ofener Burg steht das ungarische Ministerium des Aeußern, und in ihm waltet der fünfte nachrevolutionäre Außenminister, Graf Nikolaus Bánffy. Es ist von ihm und seinem Ministerium zu sagen, daß auch sie beide „die Zeit für gekommen" erachten, und daß sie von jeder Politik der „trügerischen Illusionen und täuschenden Hoffnungen" ableiten. Das sprach Graf Bánffy, ein Siebenbürger Schöngeist übrigens, auch aus, als er in seiner parlamentarischen Antrittsrede an die Feststellung, daß die Politik Ungarns eine notwendige Konsequenz des unerschütterlichen Willens sämtlicher Ententemächte sei, folgende Betrachtungen knüpfte: „Bekehrt durch bittere Erfahrungen und rechnend mit den tatsächlichen Kräfteverhältnissen, steht die Leitung der ungarischen äußeren Politik auf der einzig möglichen Grundlage der realen Politik. Die Regierung wird trachten, alles zu vermeiden, was geeignet wäre, das ohne unsere Schuld gespannte Verhältnis noch mehr zu erweitern. Wir wünschen den Geist der Versöhnlichkeit." Und der Minister begann denn auch kurz darauf in der praktischen Durchführung dieser „realen Politik" die mit dem berechtigten Erstaunen der europäischen Politik begleiteten Marienbader Unterhandlungen mit der Tschechoslowakei als Fortsetzung der durch den Königsbesuch jäh abgebrochenen

Die neue Kompromißformel Briands.

meinsamer Schritt in Berlin, Erörterung der Truppenfrage in der ersten Sitzung des Obersten Rates.

Paris, 30. Juli. (E. E.)

Nachdem sich der französische Ministerrat am gestrigen Nachmittag zweites Mal versammelt hatte, erschien der englische Botschafter Lord Hardinge erneut bei Briand. Man den Eindruck, daß die Besprechung von einschneidender deutung war, und daß es dem englischen Diplomaten gegen ist, ein Einvernehmen vorzubereiten, das wahrscheinlich derart erfolgen wird, daß die Alliierten einen gemeinmen Schritt in Berlin unternehmen werden, um e deutsche Regierung aufzufordern, sich für die förderung von Truppenverstärkungen nach erschlesien bereit zu halten. Dagegen wird e Entscheidung über die Stärke der Truppen, re Zusammensetzung und den Zeitpunkt ihres transportes erst durch den Obersten Rat geoffen werden. **In Frankreich ist man der Ansicht, daß Oberste Rat die Entsendung dieser Truppen so rechtig beschließen wird, daß diese in Oberschlesien in dem genblick sind, in dem die Entscheidung über Oberlesiens Schicksal bekanntgegeben wird.** Dieses Kompro- **ß scheint von der französischen Regierung im gestrigen inisterrat grundsätzlich angenommen worden zu sein. an glaubt, daß nicht nur französische Truppen nach erschlesien entsandt werden, sondern auch englische uppen in gleicher Stärke. Die Entscheidung der eng- chen Regierung in dieser Hinsicht wird zweifellos erst Laufe des heutigen Tages bekanntgegeben werden.**

Briand empfing gestern gleicherweise den italienischen Botschafter Bonin-Longare, den Schweizer Gesandten Danand und den spanischen Botschafter Quinones de Leon, doch konnten wir nicht in Erfahrung bringen, ob der Empfang dieser beiden Diplomaten mit der Frage des Obersten Rates in Zusammenhang steht. (Vgl. S. 3.)

Veredlung des Reichsnotopfers?

Die Beratungen des Reichskabinetts über das Steuerprogramm.

Die Beratungen des Reichskabinetts über die endgültige Gestaltung des Steuerbuketts, die gestern begonnen haben, werden sich voraussichtlich noch einige Tage, wahrscheinlich bis zum Dienstag, hinziehen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen die beiden Projekte, die auf der einen Seite von dem Reichsfinanzminister und auf der anderen Seite vom Reichswirtschaftsminister vorgelegt worden sind, um den Besitz ausreichend zur Aufbringung der Milliardensummen neben den indirekten Steuern heranzuziehen. Der Reichswirtschaftsminister schlägt bekanntlich eine Beteiligung des Reiches an den sogenannten Sachwerten in Form von Hypotheken, Aktien, Uebereignungen und dergleichen vor. Der Finanzminister tritt dagegen für eine Veredelung des Reichsnotopfers durch Staffelung der Sätze auf steigende Besitzwerte und für die Monopolisierung verschiedener Branchen, wie Kohlenhandel, Kali, Zucker und gegebenenfalls auch Tabak, ein. Soweit sich bisher aus dem Gange der Verhandlungen bereits ein Bild machen läßt, **scheint die Mehrheit des Kabinetts den Plänen des Finanzministers den Vorzug zu geben.** Indessen läßt sich Abschließendes noch nicht sagen.